

OEKOSKOP

FACHZEITSCHRIFT DER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE FÜR UMWELTSCHUTZ • MEDICI PER L'AMBIENTE

OEKOSKOP NR. 4/10

Wachstum
Wachstum
Wachstum
Wachstum
Wachstum
Wachstum
Wachstum



INHALT

■ Editorial	3
■ Interview mit Reiner Bernath, Solothurn	4
■ Vom Wachstumsparadigma zu gesellschaftlicher Wohlfahrt - der Nationale Wohlfahrtsindex als begleitendes Informationsinstrument Roland Zieschank, Berlin	5
■ Die neue Wachstumsdebatte Angelika Zahrnt, Heidelberg	10
■ Wohin führt der ungebremste Mobilitätsrausch? Grenzen des Verkehrswachstums Hermann Knoflacher, Wien	12
■ Der ökologische Fussabdruck Roland Matter, Basel	14
■ Wie sieht eine matriachale Gesellschaft aus? Cécile Keller, Winzer	15
■ Literatur zum Thema Wachstum	18
■ Neue Broschüre Luftverschmutzung und Gesundheit	20
■ 14.4.2011: Forum Medizin und Umwelt, Olten	21
■ Terminkärtchen/Rezeptblätter	22

„Umweltmedizinisches Beratungsnetz“

Projektleiterin: Frau Dr. med. Edith Steiner

**Die telefonische Anlaufstelle ist besetzt:
Montag, Dienstag und Donnerstag von 9 Uhr bis 11 Uhr
Tel. 052 620 28 27
umweltberatung.aefu@bluewin.ch**

20. Dezember 2010

WACHSTUM AUF TEUFEL KOMM RAUS?

Die Medienmeldungen überschlagen sich: Kaum hat sich Griechenland unter einen finanziellen Rettungsschirm geflüchtet, schrammt Irland am Konkurs vorbei und braucht Hilfskredite in der Höhe von -zig Milliarden Euro, Portugal kriselt, auch Spanien und Italien. Was ist eigentlich mit der Finanz- und Wirtschaftswelt los?

Das Ende der sozialen Ungleichheit, mehr Wohlstand für alle, Vollbeschäftigung – alles schöne Versprechen, die mit dem propagierten Wirtschaftswachstum jedenfalls nicht eingelöst werden. Trotzdem liegt das Kriterium Wirtschaftswachstum allen Regierungsprogrammen zugrunde.

Laut jüngstem Ausblick der OECD schwächt sich das Wachstum der Weltwirtschaft zwar stärker ab als bisher angenommen. Die OECD verweist auf erhebliche Risiken wie die hohe Verschuldung vieler Staaten, die Fragilität der Finanzmärkte, Wechselkursspannungen und die Gefahr eines zunehmenden Protektionismus. Eine glaubhafte fiskalpolitische Konsolidierung, die von Strukturreformen begleitet werden müsse, sei als prioritär zu betrachten. Dennoch belaufe sich das Wachstum der Weltwirtschaft auf „robuste“ 4,2%. Dreht sich die Aufwärtsschraube jetzt einfach so weiter, bis wieder irgendwo eine Blase platzt?

Es gibt andere Szenarien. Mit dem Buch „Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft“ oder anderen in diesem Oekoskop aufgeführten Literaturhinweisen, die ich für Sie ausgesucht habe, ist die Kritik am Wirtschaftswachstum einmal mehr lanciert. Die Zukunftsdebatte kann beginnen: Alternativen und andere Gesellschaftsmuster sind vorhanden.

In rund zwanzig Ländern haben sich diesen Sommer WachstumskritikerInnen zum ersten globalen „Picnic for Degrowth“ getroffen. Sie plädieren angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Umweltkrise für eine Stärkung der Ökologie und für ein Schrumpfen von Produktion und Konsum (www.degrowth.eu). Die Bewegung „Décroissance“ stellt Wachstumswahn und Konsumzwang ebenfalls ein Gegenprojekt entgegen. Ursprünglich in Frankreich entstanden, hat die Idee der freiwilligen Wachstumsrücknahme mittlerweile in der Schweiz Fuss gefasst (www.decroissance-bern.ch).

Das Ringen um Alternativen hat begonnen.

Rita Moll, Redaktorin

GIER AUF DER EINEN SEITE BEDEUTET AUSBEUTUNG AUF DER ANDEREN

Fragen an Reiner Bernath, Zentralvorstandsmitglied der AefU



Reiner Bernath, Solothurn, bei einem Einsatz in der Maternité in Mocimboa, Moçambique

OEKOSKOP: Die Finanz- und Wirtschaftswelt ist in der Krise, etliche Staaten sind prekär verschuldet. Ist unser Wirtschaftssystem ausgebrannt?

Jedes System, das sich nach den Interessen der stärkeren Einzelmenschen (ihrer „Gier“) richtet, gerät früher oder später in eine Krise. Die Schwächeren sind nicht bereit, die Dominanz einzelner Reicher zu akzeptieren, während sie selber immer ärmer werden. Den Regierungen bleibt nichts anderes übrig, als mit Geld, das sie nicht haben, die grossen Unterschiede auszugleichen – sie machen Schulden bis zum gehtnichtmehr.

Erweist sich das Credo nach immerwährendem Wachstum als Garant für die Verbesserung der Lebensqualität also als Illusion?

Wachstum braucht es gegenwärtig zum Bezahlen der Schulden. Wirtschaftswachstum der reichen Welt funktioniert aber nur auf Kosten einer Welt, die sich weniger gut wehren kann: gemeint sind die ärmeren (Schwellen)-Länder, deren ArbeiterInnen ausgenützt, und die Erde als Ganzes, deren Rohstoffe ebenfalls rücksichtslos ausgebeutet werden.

Es wären also dringend Verbesserungen gefragt oder besser noch Alternativen zum Gängigen. Siehst du diesbezüglich Ansätze?

Es braucht länderübergreifende, weltweite Lösungen. Ich sehe als einzige Organisation die UNO und ihre Unterorganisationen, die Alternativen erfolgreich umsetzen können. Damit die UNO besser agieren kann, ist sie auf den Rückhalt in der Gesellschaft ihrer Mitgliedländer angewiesen: Auf Regierungen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, die zu vernetztem Denken fähig sind und etwas verbessern wollen.

Welches kann die Rolle der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz in der Wirtschaftswachstumsdebatte sein?

In NOG's wie den AefU finden sich Menschen, die global denken und lokal handeln. Jeder noch so kleine Schritt in die richtige Richtung ist wertvoll. Die AefU bemühen sich um Verhinderung von Krankheiten durch Umweltschäden. Wachstum zum Schaden der Umwelt kann nicht die Lösung sein.

Die Fragen stellte Rita Moll

VOM WACHSTUMSPARADIGMA ZU GESELLSCHAFTLICHER WOHLFAHRT – DER NATIONALE WOHLFAHRTSINDEX ALS BEGLEITENDES INFORMATIONSTRUMENT

Roland Zieschank, Forschungsstelle für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin

INDIKATOREN

Strategien für eine nachhaltige Entwicklung, wie sie mittlerweile die meisten OECD-Staaten erstellt haben, erfordern eine problem- und zieladäquate Berichterstattung – sowohl als Grundlage der politischen Entscheidungsfindung als auch umgekehrt für eine Beurteilung der Folgen politischer Massnahmen. Interessant sind hier besonders Indikatorenssysteme zur quantifizierenden Beschreibung von Trends. Häufig kommen ökonomische Kenngrössen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Einsatz (das in den letzten Jahren von Seiten der europäischen Statistik durch das nur marginal unterschiedliche Konzept des Bruttonationaleinkommens BNE ersetzt wird).¹

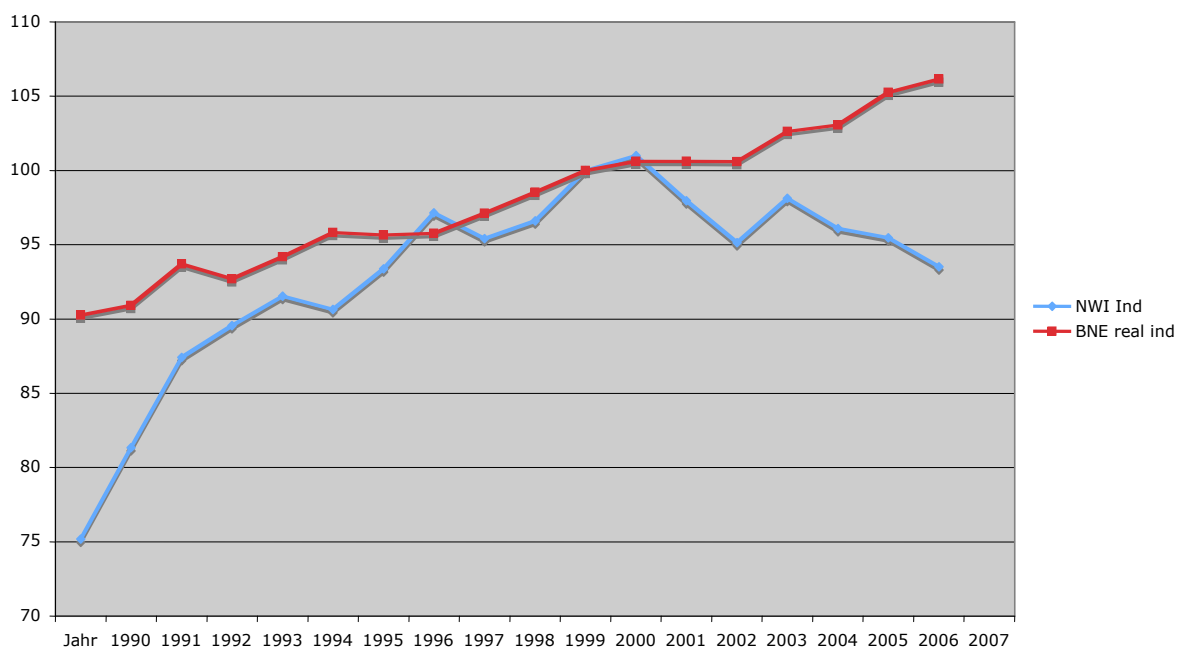
Es gibt indessen eine lang anhaltende Diskussion zur Eignung des BIP als Kenngrösse gesellschaftlicher Wohlfahrt. Diese Diskussion ist nun vor dem Hintergrund der Werte und Paradigmen des Nachhaltigkeitskonzepts erneut aufgebrochen: Besonders die Kosten von Umweltveränderungen und soziale Folgekosten der

gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung spiegeln sich im BIP nicht angemessen wider. Manche in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehende Positionen konterkarieren sogar Nachhaltigkeitsziele, denkt man an den steigenden Verbrauch fossiler Energien, Kosten von Umweltkatastrophen oder von Alkoholmissbrauch. Ökonomisches Wachstum als solches kann nicht automatisch mit einer realen Verbesserung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensbedingungen verbunden werden. Hierfür sind andere Indikatoren oder Indices erforderlich.

NATIONALER WOHLFAHRTSINDEX

Mit Hilfe eines vom Umweltbundesamt geförderten Forschungsvorhabens der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (Heidelberg) und des Forschungszentrums für Umweltpolitik in Berlin ist nun eine ergänzende Kenngrösse in ihren Grundzügen konzipiert worden (Diefenbacher/Zieschank 2010): Diese

Modifizierter NWI - BNE im Vergleich: 2000 = 100



Quelle: Diefenbacher/Zieschank 2010

erste Version eines ‚Nationalen Wohlfahrtsindex‘ (NWI) versteht sich als eine zusätzliche Informationsgrundlage mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Diskurs um „sustainable growth“ voran zu bringen.

Der NWI setzt sich aus 21 Teilvariablen zusammen, die einerseits bislang vernachlässigte Wohlfahrtsleistungen wie ehrenamtliche Arbeit und Hausarbeit berücksichtigen, andererseits auch Umweltschäden und Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen abbilden. Die Teilvariablen gehen auf Auswertungen empirischer Ansätze in verschiedenen Ländern zurück und lehnen sich konzeptionell vor allem an den „Index for Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) sowie den „Genuine Progress Indicator“-Ansatz (GPI) in den USA an. Die Übersicht Seite 7 gibt den gegenwärtigen Stand der ausgewählten Teilindikatoren wieder.

In der Grafik Seite 5 wird eine Variante des NWI, welche die ökologischen und sozialen Variablen enthält, mit dem BNE kontrastiert. Dabei werden beide Zeitreihen auf das Jahr 2000 = 100 normiert, um die Niveau-Unterschiede der beiden Kurven auszugleichen. Vergleicht man nun die Kurvenverläufe von BNE und NWI in der Grafik, so zeigen sich sehr deutliche Unterschiede: Einem eher stetigen Wachstum des Bruttonationaleinkommens steht ein wesentlich anderer Verlauf des Neuen Wohlfahrtsindex gegenüber, der im Trend der letzten Jahre insgesamt wieder deutlich gesunken ist.

Die bisherigen Berechnungen bestätigen die theoretischen Überlegungen aus der ökologischen Ökonomie, dass nicht alle Resultate von Aktivitäten, die mit ökonomischer Wertschöpfung verbunden sind, zur Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Die Differenz rührt zum einen von einem strukturellen Unterschied der Konstruktion von BNE und NWI, da die jeweilige Berechnung an einer unterschiedlichen Basis ansetzt. Der NWI nimmt als Ausgangsgrösse den mit einem Index der Einkommensverteilung gewichteten privaten Verbrauch. Sie rührt aber zweitens daher, dass Güter und Dienstleistungen produziert werden, die Ökonomie und Gesellschaft aufrechterhalten, aber nicht primär zur Wohlfahrt der Menschen beitragen. Und zum dritten sind offenkundig die Abzüge aufgrund negativer externer Effekte so bedeutend, dass sie die positiven Effekte – die etwa im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit dem Index hinzugerechnet werden – deutlich überwiegen.²

INTENSIV GEFÜHRTE DISKUSSION

Die Entwicklung des NWI für Deutschland findet vor dem Hintergrund einer international intensiv geführten Diskussion statt, bei der es um die inhaltlichen Dimensionen einer zukunftsgerechten, gesellschaftlichen

Entwicklung geht. In Folge stellt sich die Frage nach sachgerechten Bilanzierungsinstrumenten.

Als ein treibender Risikofaktor schält sich – im Unterschied zu der ersten Auseinandersetzung um das BIP vor rund 20 Jahren – nun der Klimawandel mit seinen prognostizierten Folgekosten für die Gesellschaft heraus, die von verschiedenen Studien umso höher taxiert werden, je länger Gegenmassnahmen auf sich warten lassen. Damit wird implizit die Diskussion um den realen Nutzen der erwirtschafteten Wohlstandsgewinne über die wissenschaftlichen Kreise hinaus in weite Bereiche der Gesellschaft getragen.

Mit dem bereits 3. Weltforum über „Statistics, Knowledge and Policy“ beteiligt sich auch die OECD in führender Weise an Überlegungen, wie gesellschaftlicher Fortschritt inhaltlich und methodisch zu fassen ist. Unterstützt von der südkoreanischen Regierung konzentrierte sich die Konferenz in Busan auf den thematischen Schwerpunkt „Charting Progress, Building Visions, Improving Life“, er sollte Raum bieten für die Behandlung zentraler Fragen wie der zur Bedeutung von Fortschritt für unterschiedliche Gesellschaften oder das Thema neuer Paradigmen zur Messung dieses Fortschritts.³

Eine gewisse Distanzierung von der BIP-Orientierung ist hier erkennbar und beabsichtigt, wie bereits die 2007 verabschiedete ‚Istanbul Declaration‘ verdeutlicht:

„We are encouraged that initiatives to measure societal progress through statistical indicators have been launched in several countries and on all continents. Although these initiatives are based on different methodologies, cultural and intellectual paradigms, and degrees of involvement of key stakeholders, they reveal an emerging consensus on the need to undertake the measurement of societal progress in every country, going beyond conventional economic measures such as GDP per capita.“

Gleichfalls im Jahr 2007 wurde seitens der EU der Startschuss für eine politische Debatte darüber gegeben, welche Kriterien und Ansätze jenseits der BIP-Orientierung sinnvoll sind. Die Konferenz „Beyond GDP“ wurde im Herbst 2007 im EU-Parlament in Brüssel mit hochrangiger Unterstützung von VertreterInnen wichtiger internationaler Gemeinschaften und Organisationen durchgeführt. Zu diesen gehörten neben der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament auch der Club of Rome, der WWF, die Weltbank, die OECD, die Vereinten Nationen und – mit aktiven Beiträgen – auch wichtige Statistikeinrichtungen auf internationaler und nationaler Ebene, unter anderem EUROSTAT und die Europäische Umweltagentur EEA.

VARIABLEN FÜR DEN NATIONALEN WOHLFAHRTSINDEX

	VARIABLEN	AUSWIRKUNG AUF DIE INDEX- BILDUNG	ISEW	GPI
1	Index der Einkommensverteilung		X	X
2	Gewichtete Konsumausgaben	+	X	X
3	Wert der Hausarbeit	+	X	X
4	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+		
5	Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- / Bildungswesen	+	X	X
6	Dauerhafte Konsumgüter, Zuordnung von Kosten / Nutzen	+ / --	X	X
7	Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	--	X	X
8	Kosten von Verkehrsunfällen	--	X	X
9	Kosten von Kriminalität	--		
10	Kosten alkoholassoziierter und drogenbedingter Krankheiten	--		
11	Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	--		X
12	Schäden durch Wasserverschmutzung	--	X	X
13	Schäden im Zuge von Bodenbelastungen	--		
14	Schäden durch Luftverschmutzung	--	X	X
15	Schäden durch Lärm	--	X	X
16	Verlust von Feuchtgebieten	--	X	X
17	Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche	--	X	X
18	Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen	--	X	X
19	Schäden durch CO2-Emissionen	--		X
20	Nettowertänderungen des Anlagevermögens (ohne Bauten)	+ / --	X	X
21	Veränderungen der Kapitalbilanz	+ / --	X	X

Quelle: Diefenbacher/Zieschank 2010



Die Skepsis gegenüber den bisher verwendeten Wohlfahrtsmassen erschien in den Beiträgen zu dieser Tagung durchaus grösser und die Forderung nach ergänzenden Berichtssystemen wurde drastischer formuliert, als dies bislang in Deutschland erkennbar ist. Die Klimakatastrophe, der fortschreitende Verlust der Artenvielfalt und die Tatsache, dass zwei Milliarden Menschen die Armutsgrenze unterschritten hatten (bereits vor der dann einsetzenden Wirtschaftskrise), wurde als Versagen des Marktes trotz weltweit insgesamt steigender Wirtschaftsleistung betrachtet. Die fortdauernde Orientierung am „umsatzorientierten Ansatz“ kommt praktisch einer Beschleunigung gleich, indem Wachstumsroutinen befördert werden, die keine Abhilfe schaffen, sondern die Krisensituation im Grossen und Ganzen verschärfen: Nach Angaben der Weltbank gehen beispielsweise 6 Prozent des jährlichen BIP Chinas durch soziale und ökologische Verschlechterungen verloren, die chinesische Akademie

der Wissenschaften sieht sogar seit 2005 grössere Verluste durch Umweltschäden als das dortige jährliche BIP-Wachstum an ökonomischem Gewinn bringt, so dass damit in China faktisch ein „Leerlauf-Wachstum“ zu konstatieren wäre.

Insbesondere der WWF erwartete auf der Brüsseler Konferenz eine „Markttransformation“ mit der Notwendigkeit weitreichender Veränderungen bei den Beständen und Strömen von Geld, Energie und Material, verbunden mit einem Wechsel im Bereich der politischen Steuerung und Regulierung. Von VertreterInnen Frankreichs wurde ein Überfluss an Geld- und Warenströmen gesehen, der nicht mehr mit dem vorhandenen Human- und Naturkapital in Verbindung steht. Die Beiträge des EU-Kommissions-Präsidenten Barroso und des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Pötering, hatten den Tenor, dass man sich in der Politik allzu lange auf das

Wirtschaftswachstum konzentriert hatte. Die Zukunft in Europa sei nicht mehr mit den Instrumenten der Vergangenheit zu gewinnen, vielmehr müsse sich auch die Art und Weise ändern, mit der die Politik bislang die ökonomisch-ökologischen Prozesse zu verstehen sucht. Bei der abschliessenden Zusammenfassung der Tagungsergebnisse ging EU-Umweltkommissar Dimas davon aus, dass die Konferenz einen Wendepunkt in der Beurteilung einer BIP-basierten Erfassung und Bewertung der Wirtschaft bringen werde, zugunsten eines anzustrebenden innovativen Durchbruchs beim Monitoring gesellschaftlicher Entwicklungen: „Perhaps the main achievement of this conference has been to clearly demonstrate the political consensus on the need to go beyond GDP“.⁴

HAPPINESS

In einigen asiatischen Ländern entwickelt sich eine etwas andere Tendenz, bei der, ausgehend von Bhutan, konzeptionell eine Substitution des BIP durch die Entwicklung eines „Gross National Happiness Product“ (GNH) vorgeschlagen wird, das gesellschaftlichen Fortschritt messen soll. In Bangkok fand 2007 bereits die 3. internationale Konferenz hierzu statt. Daran schloss sich ein Jahr später eine weitere Konferenz in Thimphu an, der Hauptstadt Bhutans. Hervorzuheben ist insbesondere, dass GNH nicht nur als ein zusätzlicher Index im Rahmen der gesellschaftlichen Berichterstattung verstanden wird, sondern es - zumindest in Bhutan - als Grundlage des weiteren gesellschaftlichen Aufbaus dient, sogar über die Demokratie als Leitbild hinausweisend. Zentral sind die folgenden neun Kategorien: Lebensstandard, Gesundheit, psychisches Wohlbefinden, Bildung/Ausbildung, ökologische Vielfalt, Intensität des gemeinschaftlichen Lebens, Zeitznutzung, Kultur sowie gute Regierungsweise.⁵ Die Idee einer nicht nur materiellen, sondern gleichzeitig geistigen – wenn nicht gar spirituellen – Wohlfahrt hat für die Konzeption eines Wohlfahrtsmasses weit reichende Folgen. Der Verlust religiöser Bezugssysteme wird in Bezug zu einer verweltlichten Orientierung gebracht, die letztlich nicht mehr viel mehr als höchstes Ziel kennt, als eben (nur) das Wirtschaftswachstum.

Bemerkenswert ist nun der „lange Marsch“ dieser Idee bis in die westliche Hemisphäre. Denn 2009 wurde in Kanada eine neue Form der Messung von gesellschaftlichem Wohlbefinden der Öffentlichkeit präsentiert: der ‚Canadian Index of Wellbeing‘ soll explizit über die engen ökonomischen Kennziffern wie das BIP hinausweisen. Er ähnelt verblüffend den Erfassungskategorien des GNH aus Bhutan, nur dass die Variable ‚gute Regierungsweise‘ durch die Variable ‚demokratisches Engagement‘ ersetzt wurde und bislang kein expliziter Verweis auf die buddhistische Blaupause zu erkennen ist.⁶

NEUER IMPULS

Der hier vorgestellte neue Wohlfahrtsindex (NWI) bleibt jedoch gegenüber dem Ansatz der Glücksforschung weit stärker dem traditionell ökonomischen Bezugsrahmen verbunden. Generell kann man jedoch feststellen, dass sich durch die wichtige Funktion von Indikatoren für die Weiterführung von nationalen Nachhaltigkeitsstrategien ein neuer Impuls abzeichnet, der nicht nur zu einer besseren Messung von gesellschaftlicher Entwicklung führen kann, sondern auch deren qualitative Aspekte stärker betont.

Roland Zieschank, Dipl.-Verw.Wiss., Forschungszentrum für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin; zieschan@zedat.fu-berlin.de.

Der Beitrag gründet sich auf eine gemeinsame Studie mit Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft/Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST) Heidelberg: Diefenbacher, H. & Zieschank, R. (2010): Wohlfahrtsmessung in Deutschland – Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Endbericht zum F&E-Projekt FKZ 3707 11 101/01. Berlin, Heidelberg. In: Umweltbundesamt, Reihe Texte 2/2010. Dessau. URL: www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3902.pdf

Literatur

- 1 Das BNE erhält man, wenn man vom BIP den Saldo der Primäreinkommen an die übrige Welt abzieht. In aller Regel betrug der Unterschied zwischen BIP und BNE in Deutschland in den vergangenen Jahren unter einem Prozent.*
- 2 Dies gilt auch, obwohl die Kosten für Luftschadstoffe beispielsweise gesunken sind oder bei den Ersatzkosten für die Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen unterschiedliche Bewertungsansätze herangezogen werden können.*
- 3 Ausführlicher: URL: www.oecd.org/progress*
- 4 Vgl. Tagungsband des Europäischen Parlamentes 2010: Beyond GDP. Measuring progress, true wealth, and the well-being of nations. 19-20 November 2007. Conference Proceedings. Brussels. URL: www.beyond-gdp.eu*
- 5 Vgl. ausführlicher: www.grossnationalhappiness.com.*
- 6 Mehr unter der URL: <http://www.ciwi.ca/en/TheCanadianIndexOfWellbeing.aspx>*

DIE NEUE WACHSTUMSDEBATTE

Angelika Zahrnt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Heidelberg

Die herrschende Ökonomie ist in der Krise, doch die Suche nach Auswegen hat begonnen Jahrzehnte nach dem ersten Club-of-Rome-Bericht beginnt endlich wieder eine ernsthafte Diskussion über die Grenzen des Wachstums. Noch aber sind wachstumskritische ÖkonomInnen, PolitikerInnen oder gar Unternehmensleitungen Exoten. Um das zu ändern, sollte sich die Umweltbewegung energisch einmischen.

Es ist etwas in Bewegung gekommen. Es gibt eine neue Diskussion um Wirtschaftswachstum. Sie bewegt sich zwischen den konträren Vorstellungen, dass Nachhaltigkeit und Wachstum unvereinbar seien oder sich im „nachhaltigen Wachstum“ versöhnen lassen. Immer mehr Menschen denken über eine Wirtschaft ohne Wachstum nach, einige versuchen sogar, sich in Nischen praktisch darauf einzulassen – während die Politik unbeirrt am Wachstumskurs festhält, national wie international.

Dass die wachstumskritische Debatte, ausgelöst Anfang der 1970er-Jahre durch den Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums, neuen Schwung erhalten hat und an Aktualität und Schärfe gewinnen konnte, hat mehrere Gründe. So hat die Hoffnung, dass die sich durchsetzende Erkenntnis über ökologische Grenzen und deren Belastbarkeit nun auch Priorität im politischen und wirtschaftlichen Handeln bekäme, sich als Irrtum erwiesen. Besonders deutlich wird das im Klimaschutz. Ihn stellte der vormalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in den Auseinandersetzungen um den Emissionshandel unter „Wachstumsvorbehalt“. Auch die Klimakonferenz in Kopenhagen scheiterte letztlich an Wachstumsfragen. Und ein aktuelles Beispiel: Der französische Präsident Nicolas Sarkozy begründete die Zurücknahme der von ihm angekündigten Klimaabgabe mit dem Argument, dass sie der Wettbewerbsfähigkeit schade.

Zum anderen ist die These, dass beim Klimaschutz – wie in der Umweltpolitik überhaupt – eine Win-win-Konstellation mit positiven wirtschaftlichen Folgen bestehe, für PolitikerInnen offenbar nicht belastbar genug. Und sie trifft ja auch nur teilweise zu. Diese These hat zu oft verhindert, dass Interessengegensätze zwischen Umwelt und Wirtschaft offen und präzise dargelegt und politisch ausgefochten werden. Denn sie stimmt zwar häufig auf längere Sicht und per Saldo für die Volkswirtschaft, aber nicht kurzfristig und in machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaftsbranchen und Unternehmen.

Auch die optimistische Annahme, Wachstum und massive Reduktionen des Umweltverbrauchs seien gemeinsam über technische Effizienzsteigerungen erreichbar, ist ins Wanken geraten, und zwar durch den empirischen

Beleg, dass Einsparungen in der Regel über Rückkopplungseffekte durch verändertes menschliches Verhalten überkompensiert werden. Eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist bisher – mit Ausnahmen – nicht gelungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer nach dem ressourcenintensiven Muster der Industrieländer lässt zudem die Grenzen der Ressourcenverfügbarkeit und der ökologischen Belastbarkeit immer deutlicher werden. Damit verbunden sind machtpolitische Konflikte zwischen westlichen Industrieländern, aufstrebenden Schwellenländern und Entwicklungsländern. Es geht dabei wesentlich um die Frage, wer wachsen kann und darf.

Nicht zuletzt hat die Krise der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft auch den Letzten die Anfälligkeit des Wirtschaftssystems vor Augen geführt. Trotzdem wird an seiner Restaurierung gearbeitet, um mit verbesserten Regeln das System weniger krisenanfällig zu machen und in der nächsten Krise besser gewappnet zu sein. So kann der Wachstumskurs fortgesetzt werden: mit der neuen Lissabon-Strategie in Europa, mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in der Bundesrepublik.

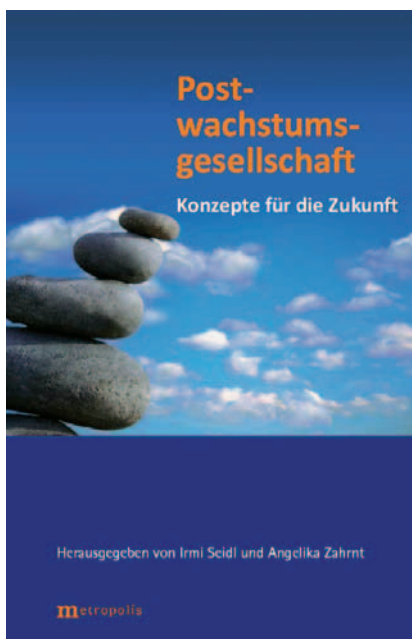
FÜR PARTEIPOLITIKER NOCH IMMER EIN TABUTHEMA

Diese und einige andere Entwicklungen haben das Wirtschaftswachstum wieder zu einer zentralen Frage werden lassen. So heisst es in einem Dossier der „Zeit“: „Warum brauchen wir Wirtschaftswachstum? Weil sonst Firmen sterben. Weil dann Menschen arbeitslos werden, arm und unglücklich. Ist das unausweichlich? Eine Alternative muss her.“ Das ist knapp und knackig die Fragestellung und gleich die Antwort – die Alternative muss her.

Die Debatte darüber, ob das ständige Wirtschaftswachstum notwendig und möglich ist, ob es seine Versprechungen von Wohlstand und Glück, Arbeitsplätzen und sozialem Ausgleich einhalten kann, national und weltweit, wird in vielen Facetten geführt. Dazu gehören

Fragen wie: Ist das Bruttoinlandsprodukt ein geeigneter Massstab unseres Wirtschaftens? Kann Wohlstand ohne Wachstum erreicht werden? Ist materieller Wohlstand zentral für persönliches Glück oder sind es soziale Beziehungen und eine Gesellschaft ohne grosse Einkommensunterschiede? Sollten Unternehmen in erster Linie nach Profit und ManagerInnen nach Einkommensmaximierung streben oder bieten Social Business und Social Entrepreneurship sinnvollere Entwicklungsmöglichkeiten? Sind spekulative Finanzanlagen oder die Geldanlage mit bescheidener Rendite bei ethisch verpflichteten Banken die bessere Wahl? Die Diskussion über solche Themen wird breit geführt. So stand beim diesjährigen World Economic Forum Ende Januar in Davos die Forderung nach einem weiterentwickelten „Kapitalismus 2.0“ im Raum. Nachdenkliche wachstumskritische Worte von Bundespräsident Horst Köhler irritierten die im Wachstumsglauben fest verankerten ParteipolitikerInnen.

Doch im Parteienspektrum findet die Wachstumskritik kaum ernsthafte Resonanz. Die Regierung hat sich auf Wachstum verpflichtet, die SPD ist mit der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft auf einem angegrüneten Wachstumskurs und den meisten Grünen kam die grundsätzliche Wachstumskritik spätestens mit dem Green New Deal abhandeln, dem grünen Rettungsprogramm für das Wachstum. Die Linke fordert weiteres Wachstum und gleichzeitig die Abschaffung des Kapitalismus. Immerhin wollen zumindest SPD und Grüne nun eine „Fortschrittsenquete“ einsetzen, um Alternativen zum Bruttosozialprodukt und die Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit und Wachstum zu untersuchen.



Bezug zum Preis von 18 Euro: www.metropolis-verlag.de
info@metropolis-verlag.de

Die meisten ÖkonomInnen an Universitäten und Instituten sind dem Wachstum ebenfalls noch eng verbunden. Zwar gibt es dort neuerdings eine Glücksforschung, werden Allgemeingüter wiederentdeckt und wird staatlichen Regulierungen wieder eine Funktion zuerkannt. Aber noch sind dies bescheidene Ansätze.

Umso wichtiger ist es, dass die Umweltbewegung die Kritik am Wirtschaftswachstum wiederaufnimmt, die von Beginn an wesentlich zu ihrer Programmatik gehörte. Die wachstumskritische Debatte innerhalb des Deutschen Naturschutzrings ist deshalb wichtig, ebenso die Arbeit an einem Grundsatzpapier zum Wirtschaftswachstum im BUND und die Diskussionen bei Attac. Bei vielen Veranstaltungen zu der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ steht die Wachstumsfrage im Mittelpunkt und findet grosses Interesse in den Diskussionen.

MEHR RAUM FÜR ALTERNATIVEN

Die Kritik am Wirtschaftswachstum und die Auseinandersetzung um eine nachhaltige Entwicklung muss tiefer, stärker und breiter werden. Viele wissenschaftliche Grundlagen dazu liegen bereits vor. Genauso wichtig wie die öffentliche Diskussion um das Wirtschaftswachstum ist die Entwicklung von Alternativen. Denn solange diese nicht erkennbar sind, ist keine Veränderung möglich, selbst wenn eine Mehrheit zu der Einsicht kommt, dass die Kritik berechtigt ist. Für eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum oder zumindest ohne Wachstumsfixierung muss man deshalb weiterdenken. Auch dazu gibt es Ansätze wie in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ oder in dem Buch „Prosperity without Growth“ von Tim Jackson. Wichtig ist auch der internationale Austausch, wie ihn zuletzt im März die zweite Degrowth Conference in Barcelona ermöglicht hat. Ein Beitrag zu dieser Zukunftsdebatte können auch neue Konzepte für zentrale gesellschaftliche Bereiche von der Altersversorgung über das Steuersystem bis zur Bildung sein, wie sie unter dem Stichwort Postwachstumsgesellschaft zur Diskussion gestellt werden.

Prof. Dr. Angelika Zahrnt, Ökonomin, Heidelberg. Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Im September erschien von ihr und Irmi Seidl das Buch „Postwachstumsgesellschaft“ im Metropolis-Verlag.

Links zum Artikel: www.kurzlink.de/zahrnt-literatur.pdf
Kontakt: angelika.zahrnt@bund.net

Quelle: *umwelt aktuell – Infodienst für europäische und deutsche Umweltpolitik – Heft 05.2010*
www.umwelt-aktuell.eu

WOHIN FÜHRT DER UNGEBREMSTE MOBILITÄTSRAUSCH? GRENZEN DES VERKEHRSWACHSTUMS

Hermann Knoflacher, Technische Universität Wien

Wenn systemunkundige LehrerInnen systemunkundige ExpertInnen als BeraterInnen für ver-rückte EntscheidungsträgerInnen einer ver-rückten Gesellschaft ausbilden, produzieren diese jene Probleme, die wir als Folgen des heutigen Autoverkehrs feststellen müssen. Dieser Rausch ist die Folge des ungebremsten Konsums billiger fossiler Energie für physische Mobilität. Und wie bei jedem Rausch, bleibt das Hirn auf der Strecke. Und wenn das Hirn die Entwicklung nicht mehr im Griff hat, wie bei jedem Rausch, ist die geistige Mobilität behindert.

Der heute vorherrschende (Mobilitäts-)Rausch im Verkehrswesen ist das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses, bei dem ein Wirklichkeitsmodell geschaffen wurde, das zunehmend Konflikte sichtbar werden lässt. Die Verkehrstoten, die Luft- und Lärmbelastungen und die Eingriffe in die Landschaft oder die Finanzen sind allgemein erkannt.

Die indirekten Folgen auf das Sozialsystem, die Raumstrukturen, die wirtschaftlichen Machtverhältnisse, den öffentlichen Verkehr oder die Familienstrukturen sind zwar empirisch nachgewiesen, werden aber von der Öffentlichkeit und der Politik bisher noch ignoriert. Noch hat die Gesellschaft einen ungebrochenen Glauben an ein evolutionär sehr junges Verkehrssystem, das auf der Grundlage von Annahmen errichtet und betrieben wird. Es ist dies die Folge der – nach evolutionärem Massstab – sprunghaften Erhöhung der Verkehrsgeschwindigkeiten, die mühelos für die Einzelnen mit der zunehmenden Motorisierung zugänglich wurden.

DIE DREI MYTHEN DER VERKEHRSPOLITIK

Dass die in den vergangenen 150 Jahren erfolgte technische Entwicklung der Verkehrsmittel und Verkehrsanlagen ohne tieferes Verständnis für die Systemwirkungen erfolgte, wird nicht bedacht. Weder von den BürgerInnen, noch von den einschlägigen Wissenschaften, die alle Hände voll damit zu tun haben, die immer schneller auftauchenden Probleme zu lösen – wie sie glauben. Da bleibt keine Zeit zu überdenken, ob nicht die Ursachen in den eigenen Handlungen liegen. Denn das wird ja weder gelehrt, noch entspricht die Selbstkritik dem beruflichen Leitbild der in diesen Fächern hauptsächlich Tätigen, wenn sie auf Richtlinien oder Formeln trainiert werden, deren Voraussetzungen und Einschränkungen sie nicht kennen. So entstanden die drei tragenden Dogmen der heute vorherrschenden Verkehrspolitik:

- Mobilitätswachstum
- Zeiteinsparung durch höhere Geschwindigkeiten
- Freiheit der Verkehrsmittelwahl

Es sind dies jedoch Mythen, die es in der Realität des Verkehrssystems nicht gibt!

ES GIBT KEIN MOBILITÄTSWACHSTUM!

«Mobilitätswachstum» basiert auf der Beobachtung, dass die Zahl der Autofahrten mit zunehmendem Motorisierungsgrad stieg, ohne zu fragen, woher diese kommen und welche Ziele sie haben. Auch wurde der Rest des Verkehrssystems (FussgängerInnen, Radverkehr und öffentlicher Verkehr) nicht wahrgenommen: Erstere meist nur als Störungen und Opfer bei Unfällen; Letztere durch Defizite und Zuschüsse. Definiert man physische Mobilität sinnvoll, dann ist jeder Weg einem Zweck zugeordnet. Und da die Zwecke durch den Autobesitz nicht mehr werden, bleibt auch die durchschnittliche Wegzahl pro Person und Zeit konstant. Es gibt kein Mobilitätswachstum!

DIE VERKEHRSMITTELWAHL IST STEUERBAR

Die Verkehrsmittelwahl ist gestaltbar und steuerbar. Der Autoanteil kann vergrößert werden, wie in den letzten 100 Jahren. Er kann aber auch – durch qualifiziertes Verkehrswesen – wiederum nahezu beliebig reduziert werden. Würde man durch schnelle Verkehrssysteme Zeit sparen, müssten Gesellschaften mit schnellen Verkehrsmitteln immer mehr Zeit «übrig» haben und daher gemüthlicher sein als langsame. Die qualifizierte Fachwelt weiss, dass höhere Geschwindigkeit nicht zu weniger Zeitaufwand führt, sondern zu einer Verlängerung der Wege. Es kommt zu grundlegenden Strukturveränderungen von Siedlungen und Wirtschaft, erkennbar an Zersiedlung und Konzentration. Die Erhöhung der

MOBILITÄTSRAUSCH



Strukturen vorher: 10'000 Autos und 6'000 FussgängerInnen täglich.

Verkehrsgeschwindigkeit vergrößert zunächst die Standortwahl und führt in der Folge zur Abhängigkeit vom Auto. Für die Wirtschaft bedeuten schnelle billige Verkehrsmittel die einseitige Bevorzugung der grossen Strukturen und zerstören daher die kleinräumigen, vielfältigen Betriebe. Der Autoverkehr hat aber Vorteile vor allem für schlechte PlanerInnen und ebensolche PolitikerInnen. Erstere können sich den unfassbar hässlichen Städtebau leisten, der nur mit dem Auto erträglich wird, weil man damit schnell dieser Unwirtlichkeit entgehen kann, Zweitere brauchen Probleme nicht mehr am Ort zu lösen, sondern schieben diese in die Ferne, über ihre Verwaltungsgrenzen – letztlich auf EU-Ebene ab. Die Zeitkonstanz im Verkehrswesen ist seit Jahrzehnten bekannt, und vor über 20 Jahren wurde daher gefordert, die «Zeitgewinne durch Geschwindigkeit» aus den Nutzen-Kosten-Berechnungen zu streichen, weil es diese nicht gibt.

EINE NEUE PARKRAUMORGANISATION

Die «Freiheit der Verkehrsmittelwahl» ist ein ebenso abstrakter Begriff wie die sogenannte «Kostenwahrheit». Es gibt beide nicht. Wahlfreiheit im Verkehrswesen wird jenseits der evolutionären Realität der Menschen diskutiert. Die Strukturen, die unser Verhalten prägen, waren nicht bekannt und werden daher nicht berücksichtigt. Sie bestimmen aber gemeinsam mit unserer Ausstattung unser Verhalten. Vorhandene Parkplätze unmittelbar bei allen Aktivitäten und oft weit entfernte öV-Haltestellen sind entscheidend für die Verkehrsmittelwahl und erzeugen damit die lauthals beklagten Verkehrsstaus auf den Strassen. Wahlmöglichkeit hängt von den Chancen der Verkehrsmittel ab, vergleichbare Ziele zu erreichen. Die Wahlfreiheit muss also mittels Parkraumorganisation erst hergestellt werden: Erst wenn die Wege zu und von den geparkten Autos mindestens so lange oder länger



Strukturen nachher: 25'000 bis 40'000 FussgängerInnen täglich. Sind die Autos weg, steigt die Mobilität.

wie zu den öV-Haltestellen sind, die Parkgebühren und Flächenbenutzungen der Kostenwahrheit entsprechen, entstehen die elementaren Voraussetzungen für eine faire Wahl der Verkehrsmittel.

WIRKUNGEN

Diese Strukturänderung ist an sich minimal, hat aber enorme Wirkungen im System und reduziert den Aufwand an Mobilität (Autokilometer) um bis zu 95%, wenn Garagen in 1000 m Abstand und Haltestellen in 500 m Abstand angeboten werden. Über 70% der heutigen Fahrbahnen können anderen Nutzungen zugeführt werden. In der Nähe der Wohnungen entsteht eine Vielfalt von Geschäften und auch Arbeitsplätzen. Der Zugriff internationaler Konzerne auf das Geld der Menschen und ihre Arbeitskraft ist nicht mehr so leicht wie heute. Es kommt zur Bildung von lokalen Geldkreisläufen durch Verringerung der Entfernungen; wegen reduzierter Geschwindigkeiten. In diesen lokalen Geldkreisläufen entsteht eine Vielzahl und auch Vielfalt von Arbeitsplätzen.

Prof. Hermann Knoflacher, Institut für Verkehrswissenschaften und Verkehrstechnik, Technische Universität Wien. hermann.knoflacher@ivv.tuwien.ac.at

Literatur

- Knoflacher, H. (2009): Virus Auto. Ueberreuter Verlag, Wien.*
Knoflacher, H. (2007): Grundlagen der Verkehrs- und Siedlungsplanung: Verkehrsplanung. Böhlau Verlag Wien – Köln - Weimar.
Knoflacher, H. (1996): Zur Harmonie von Stadt und Verkehr. Freiheit vom Zwang zum Autofahren. 2., verbesserte und erweiterte Auflage. Böhlau Verlag Wien – Köln - Weimar.

Quelle: Energie & Umwelt 3/09

DER ÖKOLOGISCHE FUSSABDRUCK

Roland Matter, Basel



Der Ökologische Fussabdruck ist eine geniale Synthese von Ökologie und Ökonomie, für Alle ökologisch Interessierten wichtig - vor allem aber auch für Alle ökonomisch Interessierten! Warum?

Die meisten von der Wirtschaft erzeugten Güter werden letztlich von der Sonnenenergie geliefert, die von der grünen Natur durch die Photosynthese umgewandelt und gespeichert wird. So alle pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel. Ebenso Kohle, Erdgas, Öl als Energielieferanten. Öl vor allem auch als Ausgangsstoff für zahllose synthetische Stoffe, die von der Chemischen Industrie produziert werden, ohne die unsere heutige Lebensweise undenkbar wäre. Es lohnt, sich mal vorzustellen, wie unser heutiges Leben aussehen würde ohne all die aus Öl hergestellten Kunststoff-Gegenstände: Plastik z.B. ist ja nicht nur in Verpackungsmaterial oder Tragtaschen, sondern auch in allen elektrischen oder elektronischen Geräten, seien es Radio, TV, Computer, sowie Haushaltgegenstände, Bekleidung u.s.w. eingebaut. Ebenso in moderne Produktionsprozesse, u.a. in alle Arten - auch alternative - von Energiegewinnung.

Mittlerweile verbraucht die Menschheit in 1 Jahr soviel fossile Energie, wie in 1 Million Jahre durch die Photosynthese gespeichert worden ist. Die durch Verbrennen fossiler Energieträger ausgepuffte CO₂-Menge gefährdet zunehmend unser lebensermöglichendes Klima.

Doch auch die Gesamtheit der im Jahreskreislauf nachwachsenden Naturprodukte wie Nahrungsmittel, Holz, Baumwolle u.s.w. werden übernutzt. Seit den 1980-er-

Jahren lebt die Menschheit auf Pump des Naturkapitals und verbraucht heute ca. 1,5mal (die EU ca. 2,5mal, die Schweiz über 3mal) mehr als nachwächst. In rund 30 Jahren würde es - ohne Gegensteuer - dann schon 2 Planeten brauchen. Physikalische Unmöglichkeiten einer solchen Misswirtschaft dürften sich schon vorher in noch nie dagewesenen katastrophalen Engpässen und Ereignissen spürbar bemerkbar machen.

Bei knappen Ressourcen braucht es eine Buchhaltung zur Steuerung - sonst fährt jeder Betrieb in den Bankrott. Beim zunehmend knappen Naturkapital braucht es darum - als Ergänzung zur ökonomischen Geldbuchhaltung in Form des Bruttosozialprodukts - zusätzlich eine ökologische Buchhaltung zur Steuerung.

Diese wird auf genial einfache Weise (mithilfe höchstentwickelter Informationstechnologie) vom Global Footprint Network (www.footprintnetwork.org) berechnet. Methode sowie Resultate wurden überprüft durch 4 Bundesämter (BSF, ARE, BAFU, DEZA), veröffentlicht 2006: "Der Ökologische Fussabdruck der Schweiz" (kann bezogen werden beim Bundesamt für Statistik.).

Neu erschienen zu diesem Thema in der Europäischen Verlagsanstalt: "Der Ecological Footprint" des Baslers Mathis Wackernagel. Eine lohnenswerte Lektüre: Wem sein Geld wert ist, dem ist die Natur teuer. s.S. 18

*Dr. med. Roland Matter, Basel.
roland-matter@bluewin.ch*

WIE SIEHT EINE MATRIARCHALE GESELLSCHAFT AUS?

Cécile Keller, Internationale Akademie HAGIA, D-Winzer

Grundsätzlich gilt, dass matriachale Gesellschaften nicht das Spiegelbild patriarchaler Gesellschaften sind. Es wird bis heute oft angenommen, dass matriachale Gesellschaften durch Frauenherrschaft gekennzeichnet seien, analog zur Männerherrschaft im Patriarchat. Dem ist aber bei weitem nicht so. Die matriachale Gesellschaftsform wurde von den westlichen Sozialwissenschaften keineswegs objektiv und unparteiisch erforscht, bis es zur modernen Matriarchatsforschung vor 30 Jahren kam.

Diese wurde insbesondere durch Heide Göttner-Abendroth begründet. Sie erforschte weltweit matriachale Gesellschaften, sowohl in ihren historischen wie in den gegenwärtigen Formen. In zahlreichen Büchern hat sie ihre Forschungsergebnisse aufgezeichnet. Sie ist die Gründerin und Direktorin der „HAGIA. Internationale Akademie für moderne Matriarchatsforschung“ in Deutschland. Die moderne Matriarchatsforschung enthält als Kern die Erkenntnis, dass Frauen nicht nur in den längsten Epochen der Menschheitsgeschichte Gesellschafts- und Kulturschöpferinnen waren, sondern auch, dass die von ihnen geschaffene Kultur die Grundlage jeder späteren Kulturentwicklung ist. Dabei schufen sie eine Gesellschaftsform, die im Gegensatz zur patriarchalen ganz anders, nämlich grundsätzlich egalitär ist. Es gibt in ihr sehr konkrete Regeln, wie das Zusammenleben bedürfnisorientiert, friedlich, gewaltfrei, das heisst schlicht human, organisiert werden kann. Matriachale Gesellschaften haben eine lange und faszinierende Geschichte, und trotz der zerstörerischen Missachtung, die sie erlitten, bestehen einzelne von ihnen in verschiedenen Kontinenten bis heute.

Die grösste, heute noch lebende matriachale Gesellschaft sind die Minangkabau auf Sumatra in Indonesien (6 Millionen). In Südwest-China leben die Mosuo, in Nordost-Indien leben die Khasi, um einige der noch existierenden matriachalen Gesellschaften zu benennen.

Auf zwei „Weltkongressen für Matriarchatsforschung“ wurden diese weitgehend missverstandenen Gesellschaften durch namhafte ForscherInnen aus aller Welt einem grossen Publikum vorgestellt. Im Jahr 2003 fand der erste Weltkongress für Matriarchatsforschung mit dem Titel "Gesellschaft in Balance" in Luxemburg statt.

Im Jahr 2005 fand der zweite Weltkongress für Matriarchatsforschung mit dem Titel "Societies of Peace" an der Texas State University San Marcos in den USA



Matriarchat in Südchina: Die Matriarchin der Mosuo mit ihrer Enkelin. Foto: Karin Kastner

statt. Menschen aus noch bestehenden matriachalen Gesellschaften aus aller Welt kamen zusammen, um dem interessierten Publikum die Struktur ihrer Gesellschaften auf der sozialen, ökonomischen, politischen und spirituellen Ebene im gegenseitigen Dialog zu vermitteln.

Sie sprachen nicht nur über die matriachalen Muster, die ihre Gesellschaften bewahrt haben, sondern auch über die sozialen und politischen Probleme, welche die westliche Kolonisierung und Missionierung in ihren Gemeinschaften erzeugt haben. Auf diese Weise korrigierten sie die verzerrte westliche Perspektive und gaben dem Publikum Aufschluss über ihre gewaltfreie Sozialordnung.

WIE SIEHT EINE MATRIARCHALE GESELLSCHAFT KONKRET AUS?

Die ökonomischen Muster: autarke Gesellschaften, die meist auf Gartenbau oder Ackerbau beruhen; Land und Häuser sind Claneigentum, niemals Privatbesitz; Frauen haben die Verteilung der lebenswichtigen Güter in der Hand; ständiger Ausgleich der Ebene des Wohlstands durch Austausch der lebenswichtigen Güter, insbesondere als Geschenke bei den zahlreichen Festen in perfekter Gegenseitigkeit – daher **Ausgleichsgesellschaften**.

Im Gegensatz dazu sind Patriarchate auf allen ihren geschichtlichen Stufen immer Akkumulationsgesellschaften, bei denen die Güter aller Menschen in den Händen von wenigen landen.

Die sozialen Muster: matriachale Clans, die durch Matrilinearität (Verwandtschaft in Mutterlinie) und Matrilocalität (Wohnsitz im Mutterhaus) zusammengehalten werden; Besuchsehe nur über Nacht aufseiten der Männer mit sexueller Freiheit für beide Geschlechter; biologische Vaterschaft unbekannt oder unbedeutend; Männer sind die „sozialen Väter“ der Schwesterkinder; Verwandtschaft aller Clans untereinander wie eine „grosse Familie“, gegenseitiges Hilfssystem – daher **nicht-hierarchische Verwandtschaftsgesellschaften**.

Patriachale Gesellschaften bestehen demgegenüber aus untereinander Fremden, die Herrschafts- und Interessengruppen bilden, die als Ego-Gruppen gegeneinander antreten und sich unaufhörlich bekämpfen. Das gesellschaftliche Gleichgewicht bleibt dabei immer prekär.

Die politischen Muster: alle Entscheidungen nach dem Konsensprinzip im Sinne von Einstimmigkeit; gilt fürs Clanhaus, Dorf oder Stadt und die ganze Region; Männer sind häufig die Delegierten der Clans im Dorfrat oder Stammesrat; sie agieren nur als Informations- aber nicht als Entscheidungsträger; keine Klassen und Herrschaftsstrukturen – daher **egalitäre Konsensgesellschaften**.

Patriarchate sind demgegenüber grundsätzlich Herrschaftsgesellschaften, sogar noch in ihrer Spielart als formale Demokratien. Denn hierbei werden die Minderheiten stimmlos gemacht und der politische Willen der absolut meisten Menschen auf das Schreiben eines Kreuzchens bei der Wahl reduziert.

Die kulturellen Muster: Glaube an konkrete Wiedergeburt im selben Clan; Verehrung der Ahninnen und Ahnen; ganze Welt wird als göttlich betrachtet, und zwar als weiblich göttlich; Universum ist die Schöpferin-Göttin; Erde die Mutter alles Lebendigen; alle Naturerscheinungen und Lebewesen werden verehrt; Abwesenheit einer dualistischen Weltsicht und Moral; alles im Leben ist Teil eines symbolischen, rituellen Systems – daher **sakrale Gesellschaften als Göttinkulturen**. Die „Ma-

triachale Medizin“ ist ein wichtiger Teilbereich der Kultur matriachaler Gesellschaften.

Demgegenüber werden in Patriarchaten die religiösen und spirituellen Fähigkeiten der Menschen in der Regel dazu benutzt, um in Welt- und Staatsreligionen die Prinzipien der Herrschenden zu stützen.

Soweit die Erkenntnisse aus der modernen Matriachatsforschung. Was kann das für den Weg in eine zukünftige, nicht-patriachale, egalitäre Gesellschaft bedeuten? Spiritualität und Politik werden miteinander verbunden sein, um zu einer neuen Ökonomie, Gesellschaftsordnung und Medizin zu führen. Wie das geht, führen uns die matriachalen Gesellschaften deutlich vor Augen. In ihnen sind Ökonomie, Politik, Sozialordnung und Spiritualität untrennbar verbunden, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Dabei können wir heute klarerweise keine Muster übernehmen, die historisch vergangen sind, wie z.B. die blutsverwandten Clans oder die alleinige Ackerbau-Ökonomie. Aber wir können von diesen jahrtausendlang erprobten Mustern egalitärer Gesellschaften vielfältige Anregungen zum kreativen Weiterdenken erhalten.

Für neue ökonomische Muster: keine weitere Steigerung von Grossindustrien und Lebensstandard mehr auf die Gefahr hin, die Biosphäre der Erde vollends zu zerstören; stattdessen Subsistenz-Perspektive als autarke regionale Wirtschaftsform; weltweit sind meist Frauen in Subsistenzwirtschaft die Trägerinnen; diese Formen stärken und nicht der Globalisierung der Grosskonzerne opfern; strikt ökologisches Wirtschaften; Lebensqualität hat Vorrang vor Quantität.

Für neue soziale Muster: herauskommen aus der immer stärkeren „Atomisierung“ der Gesellschaft: Vereinzelung und Vereinsamung der Menschen, Nährboden für Gewalt; stattdessen Bildung wahlverwandter Gemeinschaften als Lebensgemeinschaften, Nachbarschaftsgemeinschaften oder Netzwerke: „wahlverwandte Clans“; wesentlich von Frauen initiiert, getragen und geleitet; Massstab die Bedürfnisse von Frauen und Kindern, die Zukunft der Menschheit, und nicht die Macht- und Potenzwünsche von patriarchalen Männern; Männer werden von Frauen vollgültig integriert gemäss den Werten der Fürsorge und Liebe.

Für neue politische Muster: konsequente Einführung des Konsens-Prinzips; „basisdemokratisches“ Prinzip; das impulsgebende Prinzip für matriachale Gemeinschaftsbildung überhaupt; stellt die Balance zwischen Frauen und Männern und zwischen den Generationen her; kleine Einheiten als Entscheidungsträger nur bis zur Grösse von Region; lebensfähige Regionen sind das Ziel und nicht Staaten-Unionen und Supermächte.

MATRIARCHAT

Für neue kulturelle Muster: Abschied von hierarchischen Staatsreligionen mit absolutem Wahrheitsanspruch; keine Glaubenslehre, Dogmen und Priesterkaste; stattdessen neue „Heiligung der Welt“, d.h. Achtsamkeit für alles, was auf der Erde ist; freie, kreative Weise der Verehrung in kleinen, spontanen Gruppen; vielfältige Feier des Lebens und der sichtbaren Welt; persönliche und gemeinsame Spiritualität durchdringt das ganze Leben.

Das Interesse an dieser Gesellschaftsform wächst auch in unseren Ländern, denn viele Menschen suchen wegen der aktuellen Wirtschaftskrise und Umweltkrise einen tiefgehenden Wandel. Insbesondere junge Menschen wollen wissen, was sie für ihre Lebensgestaltung aus matriarchalen Gesellschaften lernen können. Die

praktischen Möglichkeiten, die sich aus der modernen Matriarchatsforschung ergeben, ist die „Matriarchatspolitik“. Es gibt dazu viele Ideen und ein paar praktische Ansätze in verschiedenen alternativen Bewegungen – wie der Frauenbewegung, Gemeinschaftsbewegung, Ökologiebewegung.

Vom 12. – 15. Mai 2011 findet in St. Gallen ein grosser Kongress zum Thema Matriarchatspolitik statt, der die politischen Möglichkeiten auf dem Boden der Erkenntnisse der modernen Matriarchatsforschung aufzeigt.

*Cécile Keller, Ärztin, Co-Leiterin der Internationalen Akademie HAGIA, D-Winzer
www.hagia.de, cecile.keller@gmx.net*

die **Zeit**
ist reif

Wir gehen in eine
Lebens Werte
Gesellschaft

Erkenntnisse der Matriarchatsforschung
Perspektiven der Matriarchatspolitik
Eröffnung des MatriArchivs
Internationaler Kongress
12. – 15. Mai 2011
Tonhalle St. Gallen Schweiz

www.kongress-matriarchatspolitik.ch
info@kongress-matriarchatspolitik.ch

www.kongress-matriarchatspolitik.ch



M. Wackernagel / B. Beyers

Ressourcenknappheit wird zur zentralen Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Der Ecological Footprint (ökologischer Fussabdruck) ist eine Methode, die Angebot und Nachfrage des Naturkapitals nach wissenschaftlichen Methoden beschreibt. Die biologisch produktive Erdoberfläche fungiert dabei als „Währung“. Diese Währung des Naturkapitals ist die Basis aller Wertschöpfungsketten.

Das Buch vermittelt anhand von Beispielen, Erfahrungsberichten, Statistiken, Schaubildern und Grafiken eine umfassende Bestandsaufnahme des Vorrats an Biokapazität - und deren Grenzen. Erfolgreiche Entwicklung bedeutet, ein reiches und erfülltes Leben zu führen, innerhalb der ökologischen Möglichkeiten der Natur. Der Footprint zeigt, wie es möglich ist.

Europäische Verlagsanstalt, 244 Seiten, ISBN 978-3-434-6000-8 EUR 19,90
www.europaeische-verlagsanstalt.de



Mathias Binswanger

Je mehr Wettbewerb - umso besser: Schliesslich soll sich doch der, die oder das Beste durchsetzen. Also versucht man, auch dort, wo es keinen Markt gibt, künstliche Wettbewerbe zu inszenieren, um z.B. Wissenschaft, Bildung oder Gesundheitswesen auf Effizienz zu trimmen. Doch dies führt nicht zu mehr Qualität, sondern dazu, dass viele Menschen freudlos und gestresst mit Akribie und Fleiss Dinge hervorbringen, die niemand braucht.

Der kompetente Autor vertritt die Meinung, dass diese Produktion von Unsinn zwar Arbeitsplätze schafft, doch fatale Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft hat: Sinn wird durch Unsinn verdrängt, Qualität durch Quantität. Diese Entwicklung führt zu einer schleichenden, noch kaum erkannten Pervertierung der Marktwirtschaft, die entschieden bekämpft werden muss.

Verlag Herder, 240 Seiten, ISBN 978-3-451-30348-7 CHF 30.50 www.herder.de



U. P. Gasche / H.P. Guggenbühl

Das Wachstum der Wirtschaft ist ein Wahn, dem die führenden Leute aus Wirtschaft und Politik verfallen sind. Um das Wachstum zu retten, häufen die Staaten immer mehr Schulden an. Gleichzeitig beschleunigen sie die Plünderung der Natur. Dabei leben wir schon heute von der Substanz: Die Vorräte auf unserer Planeten schrumpfen. Die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten nimmt ab. Das materielle Wachstum stösst an Grenzen. Finanz- und Immobilienblasen platzen.

Um den globalen Natur- und Finanzkollaps zu vermeiden, braucht es eine Neuorientierung: Die Verschwendung muss ein Ende finden. Lebensqualität muss Vorrang haben gegenüber dem Wachstum von Konsum und Bevölkerung. Die Grössten, also die reichen Industriestaaten, müssen ihr Wachstum als erste beenden. Dafür plädiert dieses Buch. Und es zeigt Auswege aus der Wachstums- und Verschuldungsfalle.

Rüegger Verlag, 134 Seiten, ISBN 978-3-7253-0965-8 CHF 19.50 www.rueggerverlag.ch



Peter H. Grassmann

Der Patient Markt ist mit seinem neoliberalen Latein am Ende – und der Staat im globalen Spiel der Kräfte zu schwach. Grassmanns Rezept gegen die Misere ist ein neuer Weg, der weder dem marktradikalen Macho-Kapitalismus verfällt noch zur Staatsgläubigkeit führt – der Weg des gesellschaftlichen Dialogs. Er fordert die Mitbestimmung der Zivilgesellschaft in Unternehmen. Nur durch verstärkte zivile Mitsprache können die Selbstheilungskräfte des erkrankten Systems gestärkt werden: Die Kraft des Dialogs bringt die Welt wieder in Balance.

oekom verlag, 152 Seiten,
ISBN-13: 978-3-86581-191-2
EUR 14.90 www.oekom.de



Bastien Girod

Der Ansatz des jungen Politprofis und Umweltwissenschaftlers Girod geht über den hierzulande propagierten "Green New Deal" hinaus. Er plädiert dafür, die Glücksmaximierung wieder als Ziel politischen Handelns zu begreifen. Hintergrund sind die Befunde der inzwischen bekannter werdenden Glücksforschung, dass das subjektive Wohlbefinden in den Industriestaaten gegenwärtig stagniert und tendenziell abnimmt. Unser Wirtschaften zerstört zunehmend die Lebenschancen künftiger Generationen, ohne dass es uns dabei subjektiv besser geht. Seine Umsetzungsvorschläge für einen "Green Change" umfassen alle Lebensbereiche vom Essen über das Wohnen zur Produktion und Mobilität. Ein origineller, kenntnisreicher und gut geschriebener Diskussionsbeitrag, der etwas andere Akzente setzt.

Zytglogge, 214 Seiten,
ISBN 978-3-7296-0804-7 CHF 29.–

AEFU-Mitglieder erhalten einen Rabatt von 25 Prozent. Bestellen bei: www.bastiengirod.ch



Eric Patry

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hat in der Reformdebatte um die zukünftige Ausgestaltung der Arbeits- und Sozialpolitik an Beachtung gewonnen und wird – auch in der Schweiz – zunehmend diskutiert.

In diesem Buch wird geprüft, ob sich das Grundeinkommen an die in der Schweiz tief verankerte republikanische Bürgertradition anknüpfen lässt. Es finden sich hier nämlich bereits grundeinkommensähnliche Institutionen, die auf diese Tradition zurückgeführt werden können. Vor diesem Hintergrund ist das Grundeinkommen in der Schweiz keine weltfremde Utopie, sondern eine republikanische Perspektive mit Bodenhaftung.

Haupt Verlag, 336 Seiten
ISBN 978-3-258-07575-4
CHF 59.– www.haupt.ch

NEUE LUFTBROSCHÜRE

EIN SCHWEIZER BEITRAG ZUM JAHR DER LUNGE LUFTQUALITÄT UND GESUNDHEIT

Anlässlich der Jahreskonferenz der European Respiratory Society (ERS) www.ersnet.org publiziert ERS die Broschüre: Luftverschmutzung und Gesundheit (Air Quality and Health) www.ersnet.org/airquality. Dieses für Gesundheitsfachleute und Interessierte verfasste Dokument fasst den neusten Stand des Wissens zusammen. Die illustrierte Broschüre (>60 Seiten) ist online kostenlos in verschiedenen Sprachen verfügbar – auch in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Die Broschüre ist tief in der Schweizer Forschung und Umweltpolitik verankert. ERS hat einerseits ein best ausgewiesenes AutorInnenteam am Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) www.SwissTPH.ch mit der wissenschaftlichen Arbeit beauftragt (Prof. Nino Künzli, Dr. Laura Perez und Dr. Regula Rapp). Andererseits hat die Schweizer Forschung der letzten 20 Jahre in ganz entscheidendem Ausmass zum derzeitigen Stand des Wissens beigetragen. Der Schweizerische Nationalfonds hat 1990 mit dem NFP26 „Mensch Gesundheit Umwelt“ die Weichen gestellt für ein interdisziplinäres national vernetztes Forschungsunternehmen ersten Ranges. Das grösste Projekt (die SAPALDIA Studie <http://www.sapaldia.net> läuft bereits seit 20 Jahren) hat weltweit anerkannte Erkenntnisse erbracht, die dazu beitragen, dass die Luftreinhaltepolitik stärker auf den Gesundheitsschutz ausgerichtet wird. SAPALDIA hat belegt, dass die erreichten Verbesserungen der Luftqualität in der Schweiz einen klaren Nutzen für die Gesundheit brachten.

Die ERS-Broschüre baut auch auf einer bereits 1988 in der Schweiz lancierten Aktion der damals neu gegründeten Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) auf. Die AefU haben früh die Notwendigkeit erkannt, dass die Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen eine wesentliche Rolle bei der Mitgestaltung der Umweltpolitik spielt. Die damalige Broschüre Luftverschmutzung und Gesundheit war ein grosser Erfolg, wurde 1997 überarbeitet und in hoher Auflage abgesetzt. 2010 macht diese Schweizer Idee nun in Europa Furore. Die für Europa konzipierte Broschüre soll das Wissen und Bewusstsein über die Folgen der Luftqualität stärken, damit Luftreinhaltepolitik auch in den stark belasteten Zentren im Süden und Osten Europas mit griffigen Massnahmen eingeleitet werden. Davon wird auch die Schweiz profitieren, denn Luftverschmutzung kennt keine Grenzen.

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz werden ihren Mitgliedern ein gedrucktes Exemplar dieser Broschüre kostenlos zuschicken.

Die Broschüre Air Quality and Health / Luftverschmutzung und Gesundheit / Qualité de l'air et santé steht elektronisch (als PDF) auf www.ersnet.org/airquality, über den link auf www.SwissTPH.ch oder auf der Seite der Schweizerischen Gesellschaft für Pneumologie www.pneumo.ch kostenlos zur Verfügung. Weitere gedruckte Exemplare (in Deutsch und Französisch) können für 12.00 CHF (inkl. Versand) per email: library-sti@unibas.ch, oder Fax: 061 284 81 50 bestellt werden.



18. FORUM MEDIZIN UND UMWELT

NAHRUNGSMITTEL - UMWELTVERTRÄGLICH VON A-Z?

14. APRIL 2011 IN OLTEN

Organisation:

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
Schweizerisches Tropen- und Public Health-
Institut, Basel



Ist der Mensch, was er isst? Kommt es wirklich schon auf den ersten Bissen an?

Die Ernährung spielt in der Medizin eine wichtige Rolle. Was ist gesund? Einerseits für die Menschen, andererseits für die Umwelt. Das Thema ist komplex und es gibt verschiedene Optiken.

Sind biologisch produzierte Lebensmittel qualitativ, gesundheitlich und umweltbezogen vorteilhaft? Ist die Gentechnik in der Ernährung ein Thema für ÄrztInnen? Ist Mineralwasser gewöhnlichem Trinkwasser vorzuziehen? Welche Rolle spielen Dioxine/PCB in unseren Gewässern in der Nahrungskette? Welche akuten Lebensmittelvergiftungen oder Allergien sind allenfalls auf Umweltfaktoren zurückzuführen? Wie funktioniert achtsames Essverhalten?

Am 18. Forum Medizin und Umwelt bringen Ihnen ausgewiesene ExpertInnen das neueste Wissen aus diesen Forschungsbereichen praxisorientiert nahe. Sie werden praktische Übungen in Ernährungsberatung erleben und Ideen für das PatientInnen-Gespräch in den Praxisalltag mitnehmen können.

Das Programm wird Ihnen zu gegebener Zeit zugesandt.

Wir freuen uns, Sie in Olten begrüßen zu dürfen.

SYMPOSIUM: ALTLASTEN IN DER SCHWEIZ

Donnerstag, 24. März 2011 ab 13.15 Uhr, Universitätsspital Zürich

Themen:

Stand der Altlastenbearbeitung in der Schweiz

Tonnen obsoleter Pestizide: Gefahren an Ort und weltweit

Alte Giftstoffe – Neue Länder; Neue Giftstoffe – Alte Probleme!

Belastung von Schweizer Gewässern und Fischen mit PCB - die Suche nach den Quellen.

Fremdstoffe und Auswirkungen auf Kinder

Perinatal and delayed effects of dioxins, PCB's and PBDE's in infants, children and adolescents

Organisation: SAPP und GREEN Tox; weitere Auskünfte: margret.schlumpf@access.uzh.ch

TERMINKÄRTCHEN/REZEPTBLÄTTER

Dr. med. Petra Muster-Gültig
 Fachärztin für Allgemeine Medizin FMH
 Beispielstrasse 345
 CH-6789 Hinweis
 Tel. 099 123 45 67



Das beste Rezept für Ihre Gesundheit und eine intakte Umwelt!

Bewegen Sie sich eine halbe Stunde im Tag: zu Fuss oder mit dem Velo auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen, in der Freizeit.

So können Sie Ihr Risiko vor Herzinfarkt, hohem Blutdruck, Zuckerkrankheit, Schlaganfall, Darmkrebs, Osteoporose und vielem mehr wirksam verkleinern und die Umwelt schützen.

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
 Postfach 111, 4013 Basel
 Tel. 061 322 49 49 www.aefu.ch, info@aefu.ch

Ihre nächste Konsultation *(Im Verhinderungsfall bitte 24 Std. vorher berichten)*

	Datum	Zeit
Montag	_____	_____
Dienstag	_____	_____
Mittwoch	_____	_____
Donnerstag	_____	_____
Freitag	_____	_____
Samstag	_____	_____

Leben in Bewegung
 Rückseite beachten!

Dr. med. Petra Muster-Gültig
 Fachärztin für Allgemeine Medizin FMH
 Beispielstrasse 345
 CH-6789 Hinweis
 Tel. 099 123 45 67



Stopp dem Feinstaub! (PM 10)

Ihre nächste Konsultation *(Im Verhinderungsfall bitte 24 Std. vorher berichten)*

	Datum	Zeit
Montag	_____	_____
Dienstag	_____	_____
Mittwoch	_____	_____
Donnerstag	_____	_____
Freitag	_____	_____
Samstag	_____	_____

Feinstaub macht krank
Feinstaub setzt sich in der Lunge fest
Feinstaub entsteht vor allem durch den motorisierten Verkehr

Zu Fuss, mit dem Velo oder öffentlichen Verkehr unterwegs:
 Ihr Beitrag für gesunde Luft!

Luft ist Leben!
 Rückseite beachten!

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
 Postfach 111, 4013 Basel
 Tel. 061 322 49 49 www.aefu.ch, info@aefu.ch

Dr. med. Anna Muster
 Fachärztin
 Hauptstrasse 12
 1234 Muster
 Tel. 012 345 67 89



Weniger Elektromog beim Telefonieren und Surfen

- ☺ Festnetz und Schnurtelefon
- ☺ Internetzugang übers Kabel
- ☺ nur kurz am Handy – SMS bevorzugt
- ☺ strahlenarmes Handy
- ☺ Head-Set
- ☺ Handy für Kinder erst ab 12

Ihre nächste Konsultation *(Im Verhinderungsfall bitte 24 Stunden vorher berichten)*

	Datum	Zeit
Montag	_____	_____
Dienstag	_____	_____
Mittwoch	_____	_____
Donnerstag	_____	_____
Freitag	_____	_____
Samstag	_____	_____

für weniger Elektromog!
 Rückseite beachten!

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
 Postfach 111
 4013 Basel
 Telefon 061 322 49 49
www.aefu.ch

TERMINKÄRTCHEN/REZEPTBLÄTTER

TERMINKÄRTCHEN UND REZEPTBLÄTTER FÜR MITGLIEDER:

JETZT BESTELLEN!

Liebe Mitglieder

Sie haben bereits Tradition und viele von Ihnen verwenden sie: unsere Terminkärtchen und Rezeptblätter. Wir geben viermal jährlich Sammelbestellungen auf.

Für Lieferung Mitte Februar 2011 jetzt oder bis spätestens 25. Januar 2011 bestellen!

Mindestbestellmenge/Sorte: 1000 Stk.
Preise: Terminkärtchen: 1000 Stk. Fr. 200.-; je weitere 500 Stk. Fr. 50.-
Rezeptblätter: 1000 Stk. Fr. 110.-; je weitere 500 Stk. Fr. 30.-
zuzüglich Porto und Verpackung.

Musterkärtchen finden Sie unter www.aefu.ch

Bestelltalon (einsenden an: Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Postfach 111, 4013 Basel, Fax 061 383 80 49)

Ich bestelle:

..... Terminkärtchen „Leben in Bewegung“
..... Terminkärtchen „Luft ist Leben!“
..... Terminkärtchen „weniger Elektromog“
..... Rezeptblätter mit AefU-Logo

Folgende Adresse à 5 Zeilen soll eingedruckt werden (max. 6 Zeilen möglich):

..... Name / Praxis
..... Bezeichnung, SpezialistIn für...
..... Strasse und Nr.
..... Postleitzahl / Ort
..... Telefon

Name:

Adresse:

KSK-Nr.: EAN-Nr.

Ort / Datum: Unterschrift:

DIE LETZTE



Die Ärztinnen und Ärzte
für Umweltschutz danken ihren
Mitgliedern, den SpenderInnen und
den AbonnentInnen des OEKOSKOPS
für die Unterstützung ihrer
vielfältigen Aktivitäten.

Wir wünschen Ihnen schöne
Festtage und ein
gutes neues Jahr.

Der Zentralvorstand

AZB 4153 REINACH
Adressberichtigung melden

Adressänderungen: Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Postfach 111, 4013 Basel

ÄRZTINNEN
UND ÄRZTE FÜR
UMWELTSCHUTZ
MEDECINS EN FAVEUR DE
L'ENVIRONNEMENT
MEDICI PER
L'AMBIENTE



OEKOSKOP

Fachzeitschrift der Ärztinnen
und Ärzte für Umweltschutz

Postfach 111, 4013 Basel
Postcheck: 40-19771-2
Tel. 061 322 49 49
Fax 061 383 80 49
E-mail: info@aefu.ch
<http://www.aefu.ch>

IMPRESSUM

Redaktion/Gestaltung:

Dr. Rita Moll,
Hauptstr. 52, 4461 Bökten
Tel. 061 9813877, Fax 061 9814127

Layout/Satz:

Martin Furter, 4461 Bökten

Druck/Versand:

WBZ, 4153 Reinach

Abonnementspreis:

Fr. 30.- (erscheint viermal jährlich)

Die veröffentlichten Beiträge widerspiegeln die Meinung der VerfasserInnen und decken sich nicht notwendigerweise mit der Ansicht der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Manuskripte vor. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.